

## Extremismusprävention in der Arbeit mit jungen MigrantInnen

# Gegen die „Sozialarbeit“ der Salafisten

Nach den islamistisch motivierten Attentaten von Würzburg oder Ansbach gerieten junge Flüchtlinge in den Fokus: Werden sie hier in den Unterkünften radikalisiert – und was können Kommunen dagegen tun?

> Rebekka Hagemann

Wenn von Extremismusprävention im Kontext der Integrationsbegleitung junger, nach Deutschland zugewanderter Menschen<sup>1</sup> gesprochen wird, ist vorweg klar zu stellen:

**Zielgruppe:** In der Extremismusprävention geht es nicht ausschließlich und nicht in erster Linie um junge MigrantInnen. Zum Beispiel sind bislang mehr als 500 deutsche junge Menschen in die syrischen Kriegsgebiete gereist, um dort als sogenannte Gotteskrieger zu kämpfen.

**Bedrohungspotenzial:** Links- und rechtsextreme Gruppierungen gefährden unsere Demokratie stärker als islamistisch-dschihadistisch begründete Gewalttäter. Letztere stehen aktuell nur mehr im Zentrum der Aufmerksamkeit.

**Täter und/oder Opfer:** Junge MigrantInnen sind häufiger Opfer von Gewaltakten extremer Gruppen als selbst Täter. 2015 gab es 1.027 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland, viermal so viel wie 2014. Zudem sind 95 Brandanschläge und 173 Gewalttaten gegen Flüchtlinge zu verzeichnen, so die Zahlen des Bundeskriminalamts.

**Ort und Zeitpunkt der Radikalisierung:** Sie geschieht meist nicht direkt nach der Einreise nach Deutschland. Das Risiko steigt nach einer ersten Orientierungsphase, wenn die jungen Menschen von ihren Vorstellungen über ein Leben in Deutschland desillusioniert werden.

Eine Schwierigkeit der Extremismusprävention ist: Radikalisierung geschieht

nicht nach Schema F. Einstiegsprozesse verlaufen höchst individuell. Neben den Missionierungsbemühungen extremistischer Gruppen, die als Pull-Faktoren wirken, können für junge MigrantInnen mögliche Push-Faktoren benannt werden.

### Push-Faktor: Vielschichtige Ungleichbehandlung

Aufgrund wiederkehrender Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen fühlen sich viele junge MigrantInnen in Deutschland nicht anerkannt. Ausgrenzung erfolgt zum Beispiel auch durch öffentliche Debatten wie „Gehört der Islam zu Deutschland?“ oder erneut die Diskussionen um Burka und Burkini. Das ist Wasser auf die Mühlen der Salafisten.

Neben allgemeinen Faktoren wie immer noch geduldeter Diskriminierung<sup>2</sup> oder der zunehmenden Islamfeindlichkeit ist ein Risikofaktor die ungleiche Behandlung verschiedener Zuwanderungsgruppen: Während für die Personen mit sogenannter guter Bleibeperspektive, etwa aus Syrien, der Zugang zu Sprachförderung, Ausbildung und Arbeit erleichtert wurde, haben sich die Chancen für andere Gruppen dramatisch verschlechtert – etwa für AsylbewerberInnen aus Afghanistan, Äthiopien und Ägypten. Tatsächlich bleiben aber mehr als 90 Prozent aller AsylbewerberInnen längerfristig in Deutschland<sup>3</sup> – unabhängig davon, welchen Aufenthaltsstatus sie am Ende ihres Asylverfahrens haben. Länder und Kommunen dürfen ihre Integrationsangebote deshalb keinesfalls auf ausgewählte Zielgruppen beschränken.

Gewaltbereitschaft zeigt sich allgemein insbesondere bei jungen Menschen mit geringem Bildungsgrad, fehlendem Zugang zu höherer Bildung und geringer Berufsausbildung sowie aus Familien mit schlechter Einkommenssituation und in prekären Wohnverhältnissen. Häufig sind auch eigene Gewalterfahrungen in der Familie oder innerhalb der Peer Group ursächlich.

### Jugendarbeit: Früh ansetzen ...

Ein Reflex auf das Erstarren des Dschihadismus ist der Aufbau spezifischer Beratungsstellen zur Extremismusprävention und Deradikalisierung. Zum Beispiel plant die Bundesregierung, das Förderprogramm „Demokratie Leben“ 2017 von 50 Millionen auf 100 Millionen Euro aufzustocken. Solche Beratungsangebote sind wichtig und müssen flächendeckend zur Verfügung stehen. Nur darf dabei nicht übersehen werden, dass die präventive Arbeit etwa der Jugendverbandsarbeit viel früher ansetzt und viel mehr junge Menschen erreicht. Auch kann eine möglichst bald nach der Einreise einsetzende Integrationsberatung Frustration verhindern oder auffangen und die jungen Menschen dabei unterstützen, Perspektiven für ihr Leben in Deutschland zu entwickeln.

### ... und nicht an der falschen Stelle sparen

Dessen ungeachtet werden die Etats der Jugendhilfe und Jugendverbandsarbeit seit Jahren gekürzt. Salafisten sind auch deshalb so erfolgreich, weil sie eine gute „Sozialarbeit“ machen: Sie bieten den jungen Menschen eine Gruppe an,



Foto: fsHH / pixabay.com

die ihnen Rückhalt gibt. Es wird darauf ankommen, gute Gegenangebote zu machen, die nicht nur darauf ausgerichtet sind, junge Menschen möglichst schnell in Arbeit zu bringen, sondern ihnen in erster Linie Sicherheit, Selbstbewusstsein und Gemeinschaft vermitteln.

### **Integration systematisch gestalten**

Mit einer systematischen Förderung der Integration von Flüchtlingen können Kommunen gleichzeitig viel zur Extremismusprävention beitragen: Dazu gehören zunächst die möglichst zeitnahe dezentrale Unterbringung junger geflüchteter Menschen (und ihrer Famili-

en), die Sicherstellung der sozialen Begleitung und der frühzeitige Zugang zu Sprachförderung, Bildung und Ausbildung.

Verbesserungsbedarf gibt es weiterhin bei der Vernetzung und Koordination des Zusammenwirkens aller beteiligten Akteure, inklusive der ehrenamtlichen. Dabei sollten VertreterInnen der zugewanderten Menschen eingebunden sein.

### **Die Jugendmigrationsdienste sind nah dran**

Auch das sinnvolle Ineinandergreifen der verschiedenen Förderangebote (des Bundes, der Länder und der Kommunen) für

junge Flüchtlinge ist zu organisieren. Zu vermeiden ist, dass junge Menschen von einer Maßnahme in die nächste geschoben werden und dort mit jeweils neuen AnsprechpartnerInnen konfrontiert werden. Für eine gelingende Integration wie eben auch zur Extremismusprävention brauchen sie eine Vertrauensperson, die sie kontinuierlich begleitet. Dies ist im Rahmen von Projektförderungen in der Regel nicht möglich.

Die bundesfinanzierten Jugendmigrationsdienste begleiten junge Menschen mit Migrationshintergrund zum Teil über Jahre und über mehrere Maßnahmen hinweg. Die Mitarbeitenden sind des-

halb auch nah dran, wenn es darum geht, die jungen Menschen in Krisen aufzufangen. Städte und Landkreise sollten ergänzende Hilfen an die bestehende Infrastruktur andocken, um einerseits das Erfahrungswissen der Mitarbeitenden zu nutzen, andererseits ein effektives Case Management zu gewährleisten.

**Zivilgesellschaft stärken und Position beziehen**

Genauso wichtig wie integrationsfördernde Angebote ist die Stärkung der Zivilgesellschaft und das frühzeitige Vorgehen gegen demokratiefeindliche Bestrebungen. Die Verantwortlichen in den Kommunen müssen eine klare, sichere und integre Haltung zeigen. Sie müssen Gerüchten und Fehlinformationen mit faktenbasiertem Wissen begegnen. Geäußerte Befürchtungen sollten sie ernst nehmen, BürgerInnen aber auch durch Argumentationshilfen gegen ausländerfeindliche Parolen stärken. Hierzu be-

darf es einer geplanten Informationspolitik. Diese muss auch MigrantInnen einbeziehen, die schon länger in Deutschland leben. Denn gerade unter diesen gibt es aktuell Neid-Debatten.

Kommunen sollten ferner Begegnungsmöglichkeiten schaffen, um sowohl die ortsansässige Bevölkerung als auch politische Akteure mit Flüchtlingen ins Gespräch zu bringen. Diese und viele weitere Anstrengungen<sup>4</sup> helfen nicht nur, das Vertrauen auf allen Seiten aufzubauen. Sie sind auch eine Motivation für Einheimische wie Zugewanderte, sich aktiv an der Bewältigung der Integrationsprozesse zu beteiligen.



1) Bei den Ausführungen zu Extremismus, Radikalisierung und Extremismusprävention beziehe ich mich auf die Aussagen von ExpertInnen während der Tagung der evangelischen Jugendmigrationsdienste "Integration

gestalten – Extremismus vorbeugen" am 12. bis 14. September 2016 in Mülheim/Ruhr. Die Tagung ist auf bagejsa.de dokumentiert: <http://gruenlink.de/19us>

- 2) Vgl. Evaluationsbericht (163 Seiten) zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) auf antidiskriminierungsstelle.de: <http://gruenlink.de/19ur>
- 3) Vgl. Claudius Voigt (GGUA Flüchtlingshilfe): Bleibeperspektive. Kritik einer begrifflichen Seifenblase, PDF, elf Seiten auf ggua.de: <http://gruenlink.de/19uq>
- 4) Weitere Anregungen zu konkreten Handlungsmöglichkeiten der Kommunen (auch im ländlichen Raum) in: Irina Bohn/Tina Alicke, Wie kann Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt? (2016)

> Rebekka Hagemann ist Referentin bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e.V. in Stuttgart. [www.bagejsa.de](http://www.bagejsa.de)

Weitere Beiträge über Flucht und Integration stehen in AKP 2/2016, das Inhaltsverzeichnis und eine Link-Sammlung auf [akp-redaktion.de](http://akp-redaktion.de)

**BAYER**

**Was geht MICH denn BAYER an?**

**JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!**

Bitte scannen 

Name  Vorname  Alter

Straße, Hausnr.  PLZ, Ort

eMail  Telefon

Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)  
 Postfach 15 04 18  
 D-40081 Düsseldorf  
 Deutschland  
[info2@CBGnetwork.org](mailto:info2@CBGnetwork.org)  
[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

